

KONTAKT

für Ärztinnen und Ärzte
im Land Bremen

Juni 2018



Themen

Deutscher Ärztetag

Ja zur Fernbehandlung und zur MWBO

Seite 5-6

Nachwuchs fordert Kulturwandel

Dialogforum Junge Ärzte

Seite 7

Weiterbildung und Schwangerschaft sind vereinbar

Glatt läuft es nicht immer

Seite 8-9

Gesundheitswirtschaft in Bremen

Potenziale noch wenig beachtet

Seite 10

Fortbildungskalender

Auf einen Blick: Alle Fortbildungen der Ärztekammer Bremen

Seite 11

Infobörse

In der digitalen Infobörse können Weiterzubildende ihre Rotationen organisieren, Erfahrungen austauschen, über Weiterbildungsinhalte sprechen, Lerngruppen bilden oder Informationen weitergeben. Die Infobörse funktioniert ganz einfach: Webformular ausfüllen und abschicken. Sie finden die Infobörse auf der Internetseite:

www.aekhb.de

Standpunkt

Masterplan Medizinstudium Bremen



Ich gebe zu, dass ich zuweilen erstaunt bin, wo jetzt überall medizinische Fakultäten entstehen sollen. Klar ist, dass wir mehr Studienplätze für Humanmedizin benötigen. Das ist schon lange deutlich und die Etablierung weiterer Ausbildungskapazitäten kommt schon reichlich spät. Aber es muss auch darauf geachtet werden, dass die Qualität der Ausbildung gut ist, sowohl was die Orientierung an die spätere Berufspraxis als auch die wissenschaftlichen Grundlagen betrifft. Aus gefeierten Modellen können sonst gescheiterte Modelle werden.

Umso mehr wundert mich die Stille in Bremen. Zwar hatte die Ärztekammer Bremen schon frühzeitig im Rahmen der Zukunftsgespräche des Bremer Senats angeregt, auch in Bremen ein Medizinstudium anzubieten. Die vorhandenen Strukturen sind zumindest für den klinischen Abschnitt schon ideal, auch für innovative Modellstudiengänge unter Einbezug der klinischen und der vertragsärztlichen Expertise. Die Wege sind kurz, die Integration von Lehrpraxen realisierbar.

Kooperationen wären auch mit der Universität Bremen denkbar. Mit ihr gäbe es vielleicht auch die Möglichkeit, einen modernen vor-klinischen Studiengang zu realisieren. Dabei könnten moderne Lehrmittel wie der virtuelle Seziertisch mit vorhandenem technischem Wissen – zum Beispiel des Instituts Fraunhofer

MEVIS – kombiniert werden. Wissenschaftlichkeit gepaart mit Praxisnähe auf hohem Niveau, von Grundversorgung bis zur hochspezialisierten Medizin: Das alles könnten wir in Bremen bieten.

Weitere Stimmen aus der Ärzteschaft und auch der Politik werden laut, die ebenfalls die Forderung nach einem Medizinstudium in Bremen unterstützen. Der Nachwuchsmangel hat Bremen und auch alle Fachgebiete erreicht. Wenn angehende Ärztinnen und Ärzte eine Region in ihrer Ausbildung gut kennenlernen und Kontakte geknüpft werden können, dann ist die Chance höher, dass sie auch da bleiben.

So wäre das notwendige Geld gut investiert in die Absicherung einer wohnortnahen und zugleich ausreichend spezialisierten medizinischen Versorgung. Wenn man dann auch noch die nötige Ausbildungsoffensive für weitere Gesundheitsberufe mitdenkt, wo in Zusammenarbeit mit der Hochschule weitere Ideen für innovative Konzepte denkbar sind, dann fragt man sich: Worauf warten die Entscheider/-innen noch?

Die Etablierung eines Medizinstudiums wäre ein politisches Projekt, das über das stereotype Kalkulieren in Legislaturperioden hinausgehen würde und das Potenzial hätte, Bremen nachhaltig nach vorne zu bringen. Politischer Mut und Innovationsgeist sind gefragt. Ich kann mir vorstellen, dass die Bremer Bürgerinnen und Bürger das honorieren würden.

 Dr. Heidrun Gitter
Präsidentin

Ein Plädoyer für die Dezentralisierung

Empfang der Heilberufe in der Kunsthalle

Ist die Selbstverwaltung ein Fundament für einen freien Beruf oder ein Auslaufmodell? Mit dieser Frage beschäftigte sich Carlos A. Gebauer, Fachanwalt für Medizinrecht aus Düsseldorf, in seinem Vortrag, den er anlässlich des Empfangs der Heilberufe Ende April in der Bremer Kunsthalle hielt. Eingeladen hatten wieder die fünf heilberuflichen Bremer Körperschaften Ärztekammer, Kassenärztliche Vereinigung, Kassenzahnärztliche Vereinigung, Psychotherapeutenkammer und Zahnärztekammer. Federführend war dieses Mal die Kassenzahnärztliche Vereinigung.

„Konsens ist gut!“, sagte Gebauer angesichts der harmonischen Stimmung, die er unter der Besucherinnen und Besuchern des Empfangs wahrgenommen hatte. „Eine Gemeinschaft funktioniert nur, wenn die Menschen das auch wollen, nicht wenn sie in die Gemeinschaft gezwungen werden.“ Die Macht des Zentralen habe sich auch durch die Digitalisierung verändert. „Früher wurde in Mainz der Buchdruck erfunden, der sich dann langsam seinen Weg in die Welt bahnte“, sagte Gebauer. „Heute sind Neuigkeiten in Millisekunden in der ganzen Welt verbreitet.“ Daraus folge auch, dass die Dezentralen früher dümmer waren, da sie nicht oder nur langsam aus der Zentrale



informiert wurden. Heute herrsche Ubiquität – alles ist überall gleichzeitig verfügbar.

Gebauer bestärkte die Kammern darin, selbstbewusst ihre Dezentralisierung zu behalten und gegenüber der Zentrale ihren eigenen Weg zu behaupten: „Zentralen streben immer nach Macht im Dezentralen. Dezentralität teilt die Gewalt und begrenzt die Macht. Sie steht für Sachnähe in der Arbeit, denn sie setzt sich direkt mit den Gegebenheiten vor Ort auseinander.“ Die selbstverwalteten Standesvertretungen sollten selbstbewusst ihre Aufgaben erfüllen und allen Machtübernahmeversuchen der Zentrale widerstehen. „Vertrauen Sie auf sich selbst und Ihre Kernkompetenzen“, sagte Gebauer. „Wenn wir uns auf uns selbst besinnen, sichern wir unseren Berufsstand. Wir Freiberufler müssen das durchziehen!“ Der Vortrag ließ keine Fragen offen und so klang der Abend bei Fingerfood, sommerlichen Getränken und entspannten Gesprächen aus.



Zahl der Ärztinnen und Ärzte in Bremen steigt

Ärztestatistik für das Jahr 2017 liegt vor

Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte im Land Bremen steigt weiterhin, allerdings nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Die Ärztekammer Bremen hat 5.232 Mitglieder, 2,1 Prozent mehr als im Vorjahr. 2016 hatte Bremen mit 3,2 Prozent Zuwachs noch den bundesweiten Spitzenplatz inne. Spitzenreiter ist nun Hamburg mit 3,0 Prozent. Bundesweit sind es 2,0 Prozent mehr Ärztinnen und Ärzte. Die Zahl der Berufstätigen stieg ebenfalls um 2,1 Prozent auf 4.110 an. Damit kommt auf 165 Einwohner im Land Bremen ein Arzt oder eine Ärztin.

Vor zehn Jahren waren 4.330 Ärztinnen und Ärzte bei der Ärztekammer gemeldet. Seitdem ist die Zahl der Mitglieder um mehr als

21 Prozent gestiegen. Der Anteil der weiblichen Mitglieder liegt seit sechs Jahren unverändert bei 45 Prozent. 1.122 Ärztinnen und Ärzte sind nicht ärztlich tätig – 44 mehr als 2016. Der Anteil der ausländischen Ärztinnen und Ärzten liegt bei 597, das entspricht einem Anteil von 13,8 Prozent (Vorjahr 9,8 Prozent).

Vor allem die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in der ambulanten Versorgung hat einen Sprung nach oben auf 1.676 gemacht (plus vier Prozent). Erneut ist in diesem Bereich zudem eine klare Zunahme angestellter Ärztinnen und Ärzte erkennbar: Waren 2016 noch 414 Mitglieder im ambulanten Bereich angestellt, sind es 2017 schon 468.



Eine detaillierte Statistik zu allen Ärztinnen und Ärzten nach Tätigkeitsarten und Gebieten sowie Zusatzbezeichnungen finden Sie auf:

www.aekhb.de

Für eine gute Zusammenarbeit

Dr. Heidrun Gitter beim 32. Deutschen Psychotherapeutentag

140 Delegierte aus ganz Deutschland kamen im April 2018 in Bremen zum 32. Deutschen Psychotherapeutentag zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Reform der Psychotherapie-Ausbildung, die Evaluation der Psychotherapie-Richtlinie, Forderungen für eine neue Bedarfsplanung, und Satzungsänderungen für eine gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen in Gremien der Bundespsychotherapeutenkammer.

Am zweiten Beratungstag war die bremische Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Prof. Eva Quante-Brandt zu Gast. Ebenfalls waren Dr. Ulrich Clever und Dr. Heidrun Gitter, die Vorstandsverantwortlichen für Psychotherapie der Bundes-



Karl Heinz Schrömgens (Präsident der Bremer Psychotherapeutenkammer), Dr. Heidrun Gitter, Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Dr. Dietrich Munz (Präsident der Bundestherapeutenkammer), Dr. Ulrich Clever, (Präsident Landesärztekammer Baden-Württemberg) (v.l.n.r.)

ärztekammer, als Gäste anwesend. „Der Austausch hat sich gelohnt“, so Gitter. „Zum Wohle der Patienten ist eine gute Zusammenarbeit zwischen psychologischen Psychotherapeuten und Ärzten unbedingt erforderlich.“ Eine bessere sektorenübergreifende Zusammenarbeit des bestehenden Behandlungs- und Versorgungssystems im ambulanten und stationären Bereich war auch eine zentrale Forderung der Ärzteschaft auf dem Ärztetag in Erfurt.

Mit viel Spaß zu mehr Bewegung und gesundem Essen

Bewegungs- und Ernährungsmobil „bemil“ startet in die Saison

Das Bewegungs- und Ernährungsmobil „bemil“ des Gesundheitstreffpunkts West bringt Kinder in Bewegung und vermittelt ihnen Lust auf gesundes Essen. Zum Saisonstart von „bemil“ trafen sich jetzt die Bremer Gesundheits-senatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt und Vertreterinnen und Vertreter des GTP-West, des Beirats Gröpelingen und der Ärztekammer Bremen auf dem Gröpelinger Bibliotheksplatz. Im Mittelpunkt standen aber die Kinder der Kitas Pastorenweg und Halmerweg: Bei einem bunten Vormittag mit Klettern, Springen und Balancieren und gesunden Leckereien lernten sie alle Facetten von „bemil“ kennen.

Die bunten Kisten aus dem „bemil“-Anhänger lassen sich zusammen mit Leitern, Brettern und Rundhölzern zu immer neuen Bewegungsbaustellen verwandeln. Die Kinder können die Teile nach Lust und Laune aufbauen und gestalten, so dass immer wieder ein neuer Parcours zum Klettern, Springen und Balancieren entsteht. In der „mobilen Kinderküche“ lässt sich allerlei selbst gestalten und anrichten, wie Äpfel mit eingeschnitzten Mustern oder Clowns-gesichter auf gesund belegten Broten. Großer Beliebtheit erfreut sich die Apfel-

Schäl- und Schneide-Maschine: In Windeseile sind Äpfel geschält, entkernt und zur Freude der Kinder in wilde Formen geschnitten.

Die Ärztekammer unterstützt „bemil“ auch dieses Jahr mit einer Spende in Höhe von 3.000 Euro. Das Geld stammt ausschließlich aus dem Spendenfonds der Ärztekammer, den Ärztinnen und Ärzten füllen, die ihre Aufwandsentschädigungen für Prüfungen spenden. Der Spendenfonds wird nur für soziale Maßnahmen verwendet, die aus dem regulären Kammerhaushalt nicht finanziert werden dürfen. „Diese Spende geben wir gerne, denn Bewegung und Ernährung sind zwei wichtige Bestandteile einer gesunden Lebensweise – ‚bemil‘ vermittelt dies den Kindern verständlich und leicht zugänglich“, sagte Dr. Heidrun Gitter, die Präsidentin der Ärztekammer, beim Saisonstart. „Kurz gesagt: ‚bemil‘ ist einfach klasse.“ Auch Petra Krümpfer, 1. Vorsitzende im Gesundheitstreffpunkt West, freute sich: „Durch die Spende der Ärztekammer können wir ‚bemil‘ noch häufiger zum Einsatz bringen. Davon profitieren Kinder und Erwachsene gleichermaßen, denn wenn ‚bemil‘ vorbeikommt, haben alle Spaß und lernen sogar noch etwas.“





Weitere Informationen einschließlich der Antragsunterlagen finden sich im Internet:
 ● www.uni-bremen.de

Mehr Wertschätzung für Auszubildende

Land Bremen zahlt Neubremern Begrüßungsgeld

Mit einem einmaligen Begrüßungsgeld in Höhe von 150 Euro heißt das Land Bremen nun auch Neubürgerinnen und Neubürger willkommen, die zum Zweck einer Ausbildungsaufnahme ihren Wohnsitz nach Bremen oder Bremerhaven verlegen. Das Begrüßungsgeld ist ein Symbol der Wertschätzung der beruflichen Ausbildung im Land Bremen. Ein entsprechender Beschluss der Bremer Bürgerschaft vom April 2017 wird nun damit umgesetzt.

Mit dem Begrüßungsgeld werden alle Auszubildenden belohnt, die nach dem 5. April

2017 zur Aufnahme ihrer Ausbildung nach Bremen oder Bremerhaven umgezogen sind und ihre Probezeit bestanden haben. Bisher erhielten ausschließlich Studierende das Begrüßungsgeld. Für Ärztinnen und Ärzte kann das Begrüßungsgeld ein Werbeargument für neue Auszubildende sein, denn auch Auszubildende in Arztpraxen profitieren von dem Begrüßungsgeld.

Das Begrüßungsgeld kann beim Service-Center der Universität Bremen (bremen_service universität - bsu) schriftlich beantragt werden.

Obdachlose medizinisch versorgen

mVO benötigt Kapital zur Gründung einer Stiftung

Der Verein zur Förderung der medizinischen Versorgung Obdachloser im Land Bremen e. V. (mVO) organisiert und garantiert die medizinische Hilfe für obdachlose Menschen in Bremen. Zur langfristigen Absicherung dieser Arbeit ist jetzt die Gründung einer Stiftung möglich.

Das Bremer Gesundheitsamt, die Ärztekammer Bremen, der Verein für Innere Mission in Bremen sowie einige engagierte Privatpersonen gründeten 1997 den Verein mVO. An fünf Terminen pro Woche bietet der Verein Wohnungslosen und anderen Menschen in prekären Lebenslagen eine medizinische Sprechstunde an drei Bremer Standorten an. Ziel des Vereins ist neben der medizinischen Notversorgung, den betroffenen Menschen das Regelsystem der öffentlichen Gesund-

heitsversorgung durch zielgerichtete medizinische Angebote zugänglich zu machen.

Als Stiftungskapital werden insgesamt 70.000 Euro benötigt, wovon ein Großteil bereits zusammengekommen ist. Ärztinnen und Ärzte sind herzlich aufgerufen, die Gründung der Stiftung mit einer Spende auf folgendes Spendenkonto zu unterstützen:

Empfänger der Spende: Verein zur Förderung der medizinischen Versorgung Obdachloser
 BANK: Sparkasse Bremen
 IBAN: DE65 2905 0101 0082 2359 53
 BIC: SBREDE22XXX
 Verwendungszweck: Stiftungsgründung

Eine Spendenbescheinigung wird ausgestellt.

E-Learning-Programm Kinderschutz in der Medizin

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Gesundheit noch bis August 2019 geförderten Projektes zur „Entwicklung eines E-Learning Programms „Kinderschutz in der Medizin – ein Grundkurs für alle Gesundheitsberufe“ wird ein Online-Kurs für medizinisch-therapeutische Fachkräfte entwickelt. Dieser bietet eine Übersicht über die aktuelle Rechtslage, die Gesetzesänderungen, die Epidemiologie und Diagnostik der Misshandlungsformen sowie internationaler Leitlinien. Das Projekt hat die effektive und nachhaltige

Weiterbildung von Gesundheitsfachkräften und den Abbau von Handlungsunsicherheiten hinsichtlich des Themenkomplexes Kindesmissbrauch/-misshandlung zum Ziel.

In der Begleitforschung wird der Kurs regelmäßig evaluiert, um die Lernplattform und die Lerninhalte zu verbessern. Der Kurs wurde von der Landesärztekammer Baden-Württemberg mit 36 CME-Punkten zertifiziert. Die Teilnahme ist während der Projektlaufzeit kostenlos.

Weitere Informationen:
 ● grundkurs.elearning-kinderschutz.de

Schwerpunkt:

Deutscher Ärztetag



Ärztetag sagt Ja zur Fernbehandlung und zur neuen MWBO

121. Deutscher Ärztetag vom 8. bis 11. Mai 2018 in Erfurt

Wegweisende Anträge standen auf der Tagesordnung des 121. Deutschen Ärztetags vom 8. bis 11. Mai 2018 in Erfurt: Eine Lockerung des Fernbehandlungsverbots und die Novellierung der Weiterbildungsordnung waren die großen Themen, über die 250 Delegierte aus ganz Deutschland in der thüringischen Landeshauptstadt berieten. Für die Ärztekammer Bremen waren neben der Präsidentin Dr. Heidrun Gitter die Delegierten Dr. Johannes Grundmann, Christina Hillebrecht, Dr. Birgit Lorenz, Bettina Rakowitz und Dr. Tadeusz Slotwinski dabei und beteiligten sich konzentriert und engagiert an den Diskussionen.

Mit überwältigender Mehrheit ebnete der Ärztetag den Weg für die ausschließliche Fernbehandlung und beschloss eine entsprechende Neufassung der Berufsordnung. Eine ausschließliche Fernbehandlung liegt dann vor, wenn eine ärztliche Beratung oder Behandlung stattfindet, ohne dass zumindest ein persönlicher physischer Kontakt zwischen Arzt und Patient stattgefunden hat. „Wir müssen diesen Prozess mit unserer ärztlichen Kompetenz besetzen“, sagte Dr. Josef Mischo, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer. Er stellte klar, dass digitale Techniken die ärztliche Tätigkeit nur unterstützen sollen: „Der persönliche Arzt-Patienten-Kontakt stellt weiterhin den ‚Goldstandard‘ ärztlichen Handelns dar.“

Bremer bleiben bei Fernbehandlung skeptisch
Während der Debatte warnten die Bremer Delegierten in einem Antrag vor einer vorschnellen Lockerung des Fernbehandlungsverbots. Johannes Grundmann, der Vize-

präsident der Ärztekammer Bremen, sagte: „Auch wenn wir als Stadtstaat natürlich nicht so große Versorgungsprobleme wie Flächenländer haben, sehe ich grundsätzlich die Notwendigkeit, das Thema Fernbehandlung intensiv zu diskutieren, bevor wir leichtfertig unsere Berufsordnung ändern. Wir sollten erst einmal die konkreten spezifischen Gefahren näher benennen, die eine echte Fernbehandlung für den Patienten und auch die Ärztinnen und Ärzte darstellt.“ So seien noch viele rechtliche Rahmenbedingungen zu klären. Die Delegierten des Deutschen Ärztetags folgten dem Antrag der Bremer Delegierten mehrheitlich nicht. Eine Arbeitsgruppe der BÄK wird aber die von den Bremer Delegierten aufgeworfenen Fragen prüfen.

Ein einheitliches Prüfverfahren für ausländische Ärzte aus Drittstaaten forderte der Ärztetag in einem weiteren Tagesordnungspunkt. Der Gesetzgeber solle regeln, dass alle Ärzte mit absolvierter ärztlicher Ausbildung aus Drittstaaten durch eine Prüfung einen Kenntnisstand nachweisen, über den auch Ärzte verfügen, die in Deutschland die ärztliche Ausbildung absolviert haben. Derzeit prüfen die Approbationsbehörden der Bundesländer im Rahmen von Gleichwertigkeitsprüfungen, ob die im Ausland erworbenen Abschlüsse den deutschen gleichzusetzen sind. Heidrun Gitter bemängelte, dass die Gleichwertigkeit der ärztlichen Grundausbildung dabei von Sachbearbeitern aufgrund der Aktenlage entschieden werde. „Ist die Gleichwertigkeit einmal auf diese Weise anerkannt, gibt es keine Möglichkeit mehr, eine Kenntnisprüfung zu



verlangen, in der die Ärzte ihre medizinischen Kenntnisse im Rahmen einer Prüfung vor dem Landesprüfungsamt nachweisen müssen“, sagte Gitter.

GOÄ ohne endgültigen Beschluss

Zu keinem endgültigen Abschluss kam die Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Der Ärztetag erteilte der Bundesärztekammer lediglich den Auftrag, die Arbeiten an dem Entwurf der neuen GOÄ fortzuführen. Heidrun Gitter kritisierte diesen Beschluss: „Wenn man eine neue GOÄ haben will, muss man auch mal fertig werden und nicht immer wieder Änderungsanträge stellen. Der Bundesgesundheitsminister hat uns einen Zeitrahmen genannt, innerhalb dessen wir ihm unseren Entwurf vorlegen sollten – wenn wir aber warten und warten, kann es passieren, dass wir am Ende mit leeren Händen dastehen.“

Gegen eine Streichung oder Einschränkung des in § 219a kodifizierten Werbeverbotes für Abtreibungen sprach sich der Ärztetag nach einer sachlich geführten Debatte aus. Maßvolle Änderungen des Paragraphen sollten Ärztinnen und Ärzte Rechtssicherheit geben, wenn sie darüber informieren, dass sie gesetzlich zulässige Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

„Die Beratung vorher und die medizinische wie psychologische Betreuung danach ist genauso ärztliche Aufgabe wie der Abbruch an sich“, sagte Heidrun Gitter. „Ärzte müssen daher vor Verfolgung geschützt werden, wenn sie ihrer ärztlichen Tätigkeit nachgehen.“ Der Ärztetag forderte den Ausbau und die Bekanntmachung qualifizierter Beratungsstellen und geeigneter Informationsangebote.

Musterweiterbildungsordnung beschlossen

Den ganzen Freitag nahm sich der Ärztetag Zeit, die Novelle der Musterweiterbildungsordnung (MWBO) zu beraten und sie dann mit großer Mehrheit zu beschließen. Ziel der Novelle ist eine kompetenzbasierte Weiterbildung zur Verbesserung der Weiterbildungsqualität. In den nächsten Monaten werden die Weiterbildungsgremien von Bundesärztekammer und Landesärztekammern die MWBO endgültig abstimmen, so dass sie voraussichtlich Ende 2018 komplett vorliegen wird. Diese MWBO ist die Vorlage für die rechtlich verbindlichen Weiterbildungsordnungen der Landesärztekammern, die frühestens ab 2019 beschlossen werden können. Auch danach können für den Übergang bereits begonnene Weiterbildungen nach der bisherigen WBO abgeschlossen werden.



Ausführlich vom Deutschen Ärztetag berichten wir auf:

www.aekhb.de

Bremer Delegiertenstimmen

„Ein Meilenstein für die Zukunft war sicherlich die Änderung der Musterberufsordnung zur Fernbehandlung. Am meisten wurde über die Novelle der Musterweiterbildungsordnung diskutiert, wobei oft aber Partikularinteressen im Vordergrund standen. Persönlich habe ich mich darüber gefreut, dass die zunehmende Aggression gegen Ärzte und medizinisches Fachpersonal sowohl in den Reden von Prof. Montgomery und Gesundheitsminister Jens Spahn als auch in weiteren Wortbeiträgen thematisiert wurden.“

■ Dr. Johannes Grundmann

„Ich bin sehr froh, dass die WBO endlich verabschiedet ist, und hoffe, dass sie nun auch in Bremen sehr zügig umgesetzt werden kann. Der Rede von Jens Spahn habe ich mit großem Interesse gelauscht: Mein Eindruck ist, dass die nächsten Jahre mit ihm für die Ärzteschaft nicht immer reibungsfrei verlaufen werden. Hervorheben möchte ich auch die perfekte und professionelle Organisation und die sehr herzliche Aufnahme durch die Kollegen: Erfurt ist eine Reise wert.“

■ Dr. Birgit Lorenz

„Ich war von der sehr guten Organisation der gastgebenden Ärztekammer Thüringen beeindruckt! Einer straff organisierten Eröffnungsfeier in würdigem Rahmen folgte ein Ärztetag mit spannenden kontrovers diskutierten Themen wie der GOÄ, die leider erst einmal in der Expertenkommission landet, bevor sie verabschiedet wird. Dazu kamen Diskussionen über das Prüfungsverfahren für Nicht-EU-Ärzte, die Möglichkeit der Fernbehandlung oder den Paragraphen 219a. Am letzten Tag wurde als Höhepunkt die neue (Muster-) Weiterbildungsordnung besprochen und mit kleinen Änderungen verabschiedet. Sie soll den Weg zu mehr Kompetenzen statt rein rechnerisch nachgeprüfter Zeiten und Zahlen ebnen.“

■ Bettina Rakowitz

„Als einer der insgesamt 250 Delegierten beurteile ich die Ergebnisse des Ärzteparlaments sehr positiv. Zu den wichtigsten Themen gehörten meines Erachtens Fachkräftemangel, Gewalt gegen Ärzte, Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, Wissensprüfung für Ärzte aus Drittstaaten, Aufstockung der Medizin-studienplätze, Überprüfung des Behandlungsspektrums der Heilpraktiker, Verbesserung der Versorgung



„psychisch und psychosomatisch kranker Menschen, Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte, Fernbehandlung von Patienten sowie die Novelle der (Muster-)Weiterbildungsordnung. Es bleibt nun zu hoffen, dass viele dieser Beschlüsse auch zügig umgesetzt werden.“

■ **Dr. Tadeusz Slotwinski**

„Erfurt war eine ungemein gastfreundliche Stadt. Zu unserem Wohlbefinden hat sicher auch das Engagement der gastgebenden Ärztekammer Thüringen mit ihrer Präsidentin Dr. Ellen Lundershausen an der Spitze beigetragen. Die Entscheidungen des Ärztetags fand ich eher durchwachsen, dies betrifft insbesondere diejenigen zur GOÄ: Hier wurde der Vorstandsantrag so verändert, dass man eher von einem Bremsen statt von einem Rückenwind sprechen muss. Dabei eröffnet nach meiner Meinung nur eine durch ein breites Votum gestärkte Position der Ärzteschaft noch eine Chance, endlich eine GOÄ-Reform zu erreichen. Das scheint mir nun angesichts der bundespolitischen Gemengelage fraglich.“

■ **Dr. Heidrun Gitter**

Berufszufriedenheit: Nachwuchs fordert Kulturwandel

Wie zufrieden sind junge Ärztinnen und Ärzte mit ihrem Beruf? Darum ging es beim Dialogforum „Berufszufriedenheit junger Ärztinnen und Ärzte“ im Vorfeld des Ärztetags. Markus Wedemeyer, Facharzt für Allgemeinmedizin aus Bremerhaven, war für die Ärztekammer Bremen dabei. Er schildert hier seine Eindrücke.

Für Professor Dr. Jakob Izbicki ist der Weg klar: Die Zukunft gehöre der „Super-Spezialisierung“, wenn man Familie und Weiterbildung unter einen Hut bekommen wolle. Und: Der „Facharzt light wird kommen“ und als Standard in Häusern der Grund- und Regelversorgung durchaus Chancen für jene bieten, die ihre Work-Life-Balance nicht der chirurgischen Weiterbildung opfern wollten. Um jedoch komplexe Eingriffe sicher zu beherrschen, müsse man nach Izbickis Einschätzung in Schwerpunktkliniken arbeiten, in denen private Dinge hinten an zu stehen hätten.

Die Bundesärztekammer hatte den chirurgischen Klinikdirektor aus dem UKE Hamburg für kernige Aussagen eingeladen – und wie gewünscht entzündete sich auf dem Dialogforum mit jungen Ärztinnen und Ärzten am 7. Mai in Erfurt daran eine lebhafte Diskussion. Das Forum, zu dem zum dritten Mal vor dem eigentlichen Ärztetag junge Kollegen eingeladen waren, hatte die Berufszufriedenheit des Nachwuchses zum Thema. Thüringens Kammerpräsidentin Dr. Ellen Lundershausen wünschte sich Hinweise, „wo der Schuh drückt.“

Doch nur mühsam konnte sich die Diskussion vom offensichtlichen Dauerkonflikt Chirurgie versus Familienplanung lösen. Immer wieder blieben die Wortbeiträge auch in Rechtfertigungen hängen. Dabei hatte Katharina Thiede, linke Delegierte aus Berlin, in ihrem Eingangsstatement auch andere Stichworte gegeben. Junge Ärzte wollten die Zeit der Weiterbildung

für ihre Patienten einsetzen, aber sie seien „keine Verwaltungsheinis“. Izbicki hatte sie an ihrer Seite: Insbesondere Chirurgie sei „ein Handwerk, das zu lernen man Zeit benötigt“. Die Frage, wofür man die rare Zeit in der Klinik eigentlich einsetzt, sei ein entscheidender Baustein beruflicher Zufriedenheit.

Mehr als zwei Dutzend Wortbeiträge machten deutlich, wie sehr das Thema die junge Ärztegeneration bewegt. Und dabei kristallisierte sich heraus: Keine noch so gute Work-Life-Balance könne es ausgleichen, wenn die Entscheider die Weiterbildung „als Abfallprodukt des Klinikbetriebes“ betrachteten. Mehrfach wurde ein Kulturwandel in den Krankenhäusern gefordert. Wichtig war mir persönlich zudem der Hinweis, dass Berufszufriedenheit nicht mit der Facharzt-Prüfung endet. Die Ärztekammern sind gefordert, auch nach der Weiterbildung Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich Ärzte laufend weiter entwickeln könnten.

Konkrete Lösungsansätze konnten sich im Verlauf nur mühsam herausarbeiten: Dr. Florian Vollrath aus Leipzig stellte eine Assistenten-Initiative vor, bei der kleine Schritte zu mehr Beteiligung gemacht wurden – bemerkenswerterweise beim privaten Träger Helios. Und: „Abstimmen mit den Füßen“, ebenfalls ein Aufruf von Thiede, „hilft nicht“, gab ein Kollege aus Hessen in einem Wortbeitrag zu bedenken. Man müsse „im System Dinge verändern“, seine Erwartungen deutlich formulieren und bei Bedarf auch mit deutlichen Worten einfordern.



■ **Markus Wedemeyer**

Weiterbildung und Schwangerschaft sind vereinbar

Glatt läuft es aber nicht immer

Junge Ärztinnen machen ihre Facharztweiterbildung oft im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. Nicht ungewöhnlich also, dass viele Ärztinnen während ihrer Weiterbildungszeit schwanger werden. Was früher oft zu Schwierigkeiten mit den Vorgesetzten führte, sehen heute viele Kliniken und Arztpraxen entspannter. In der Regel können schwangere Assistentinnen bis zum Mutterschutz weiterarbeiten. Eine gute Planung und die rechtzeitige Einbindung des Arbeitgebers sind jedoch unerlässlich.

Ärztinnen machen hierbei oft völlig unterschiedliche Erfahrungen, wie ihr Arbeitgeber und ihre Kollegen mit der Nachricht von der Schwangerschaft umgehen. Bianca Rölke, Fachärztin für Kinderchirurgie aus dem Klinikum Bremen-Mitte, hat während ihrer Weiterbildungszeit zwei Kinder bekommen und nur gute Erfahrungen gemacht. „Ich hatte bei meiner ersten Schwangerschaft überhaupt keine Bedenken, meinem Chef davon zu berichten“, sagt Rölke. „Kolleginnen und Kollegen hatten mir im Vorfeld auch nur Positives berichtet.“

Individuelle Absprache statt Verbote

Nach dem Glückwunsch durch den Chef ging es dann vor allem darum, die Arbeitsbedingungen an die neue Situation anzupassen. Bei den Kliniken der Gesundheit Nord werden schwangere Mitarbeiterinnen von Anfang an unterstützt. Besprochen wird eine individuelle Gefährdungsbeurteilung – zudem gibt es für bestimmte Bereiche Beschäftigungsverbote. Dazu gehören Bereiche mit erhöhtem Infektionsrisiko oder mit Strahlenexposition. Auch schwere Gegenstände sollten Schwangere nicht heben oder Patienten im OP lagern.

„Bei mir in der Abteilung war das ganz unproblematisch. Ich konnte selbst entscheiden, was ich noch machen möchte und was nicht“, sagt Bianca Rölke. „Ich habe aufgeschrieben, warum ich bestimmte Tätigkeiten noch machen möchte und andere nicht.“ Wichtig ist, dass man genaue Absprachen mit dem Chef trifft und diese am besten auch schriftlich dokumentiert. Einbezogen in die Absprachen ist auch der Betriebsarzt. Im

Klinikum gibt es außerdem ein Schutzhandbuch, in dem alles nachzulesen ist, was zu beachten ist. Auch mit ihren Kolleginnen und Kollegen konnte Rölke sich gut absprechen, wer welche Dienste übernimmt.



Eine andere Ärztin in Weiterbildung, die ihren Namen nicht genannt haben möchte, hat in einer anderen Bremer Klinik ebenfalls nur gute Erfahrungen gemacht. Sowohl ihr Chef als auch ihre Kolleginnen und Kollegen hätten sofort Bereitschaft signalisiert, sie zu unterstützen und ihr Dienste und Tätigkeiten abgenommen, die sie aufgrund ihrer Schwangerschaft nicht mehr machen wollte. Im Gegenzug habe sie dann den Kollegen andere Tätigkeiten abgenommen.

Es läuft nicht immer glatt

So glatt läuft es aber nicht immer – viele Ärztinnen in Weiterbildung erleben ihren Weg zur Fachärztin mit Familie als eher steinig. Während der Schwangerschaft und der Elternzeit droht der Verlust von Weiterbildungszeiten und auch die zeitliche Flexibilität geht dahin. Überstunden, Notdienste oder Wochenenddienste sind mit Kindern zu schwer zu vereinbaren. Viele fürchten, bei Beförderungen, weiterbildungsrelevanten Rotationen oder in der OP-Planung übergangen zu werden. Zu hören ist auch, dass Ärztinnen gefragt werden, ob ihnen bewusst sei, dass Kinderkriegen und Karriere nicht vereinbar sei. Manche hätten sich sogar bewusst gegen Kinder entschieden, um ihre Karriere nicht zu gefährden.

Bianca Rölke hat ihre Weiterbildung trotz der beiden Schwangerschaften fast in der Regelzeit absolviert. Nach der Geburt hat sie jeweils ein Jahr Elternzeit genommen

und konnte danach leicht wieder einsteigen. „Bei uns im Team hat es einfach gut gepasst, dass die Stelle während meiner Abwesenheit immer besetzt war. Als ich wiederkam, rotierte wieder jemand anders“, sagt Rölke. So konnte sie alle Weiterbildungsinhalte praktisch ohne Verzögerung absolvieren. Anvisiert für den Facharzt sind sechs Jahre, Unterbrechungen wegen Schwangerschaft werden auf die Weiterbildung nicht angerechnet. „Ich habe knapp sieben Jahre für meine Weiterbildung gebraucht, das ist völlig im normalen Rahmen. Denn die meisten Kollegen bei uns haben aus unterschiedlichen Gründen eher etwas mehr als sechs Jahre gebraucht“, sagt sie.

Keine Benachteiligung erfahren

Die Kollegin aus der anderen Bremer Klinik hat auch zu keiner Zeit das Gefühl gehabt, dass sie aufgrund ihrer Schwangerschaft

benachteiligt worden wäre. Dennoch haben sich ihre inzwischen drei Kinder auf den Fortgang ihrer Weiterbildung zur Fachärztin in der Inneren Medizin ausgewirkt. Die Klinikdienste in der Inneren und der Notaufnahme seien mit drei Kindern einfach nicht zu schaffen, zumal ihr Mann Vollzeit arbeite. Sie überlegt daher, ob sie sich nach ihrer Elternzeit in Richtung Allgemeinmedizin umorientiert.

Bianca Rölke ist seit April 2017 Fachärztin für Kinderchirurgie. Sie arbeitet 80 Prozent an vier Tagen die Woche, ihr Mann arbeitet 90 Prozent. „Wir können Familie und Beruf auch deshalb so gut vereinbaren, weil wir eine gute Kinderbetreuung haben“, sagt sie. Ihr Mann bringe die Kinder beispielsweise in die Kita und hole sie von dort auch wieder ab. Zurzeit erwartet Bianca Rölke ihr drittes Kind und sieht dem gelassen entgegen.

Mutterschutzgesetz: Wesentliche Änderungen seit 1. Januar 2018

Die wichtigste Neuregelung des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) ist im Anwendungsbereich des Gesetzes (§ 1 MuSchG) zu finden. Bisher galten die Regelungen nur für Frauen, die in einem Arbeitsverhältnis standen oder Heimarbeit ausführten. Das neue Gesetz gilt für alle werdenden Mütter in einem Beschäftigungsverhältnis. Nicht erfasst wird folglich die selbstständige Ärztin in der eigenen Praxis. Neu ist auch, dass der Anwendungsbereich nun ganz ausdrücklich auch Schülerinnen, Praktikantinnen oder Studentinnen umfasst, also auch Medizinstudentinnen und Ärztinnen im praktischen Jahr.

Die Modernisierung des MuSchG gewährt den Frauen mehr Einfluss. Die Schutzfristen von sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung bestehen zwar weiterhin, Frauen können aber entscheiden, ob und wie lange sie in der Schutzfrist vor der Entbindung weiterarbeiten wollen.

Auch bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes haben schwangere Frauen mehr Mitspracherecht. Ärztinnen haben nun die Möglichkeit auch während der Schwangerschaft zu operieren. Ob sie dies wollen (oder können), müssen die Ärztinnen selbst einschätzen. Nach den alten Mutterschutzrichtlinien war es schwangeren Angestellten nicht erlaubt nachts zu arbeiten, zu operieren oder auf der Intensivabteilung zu arbeiten.

Neben den Schutzfristen sieht das MuSchG generelle Beschäftigungsverbote (u.a. Nacht- oder Sonntagsarbeit) vor. Auch diese wurden zugunsten der schwangeren oder stillenden Angestellten „gelockert“. So dürfen schwangere oder stillende Frauen nun in der Zeit von 20:00 bis 22:00 Uhr arbeiten, sofern sie einwilligen und eine behördliche Genehmigung vorliegt (§ 28 MuSchG). Darüber hinaus kann sich die Schwangere oder Stillende ausdrücklich bereit erklären an Sonn- oder Feiertagen zu arbeiten (§ 6 MuSchG).

Im Rahmen einer allgemeinen Gefährdungsbeurteilung (§ 10 MuSchG) muss der Arbeitgeber nun bereits im Vorfeld prüfen, ob sich eine Gefährdung für eine schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind ergeben könnte. Dies gilt auch, wenn aktuell dort keine schwangere oder stillende Frau tätig ist. Meldet eine Frau ihre Schwangerschaft an, ist die Gefährdungsbeurteilung zu aktualisieren und individualisiert abzustimmen.



Kontakt

Florian Müller

☎ 0421/3404-237

✉ florian.mueller@aekhb.de

Wirtschaftsfaktor Gesundheit noch zu wenig beachtet

Studie zeigt Potenziale der Gesundheitswirtschaft in Bremen auf

Die Gesundheitsbranche ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Bremen: Rund 61.000 Menschen und damit 15 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten im Gesundheitswesen oder in verwandten Bereichen. Nur in Hamburg ist der Anteil der Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl mit 8,9 Prozent noch höher. In Bremen sind es 8,4 Prozent. Das sind Ergebnisse einer aktuellen Studie, die die Arbeitnehmerkammer Bremen beim Institut Arbeit und Technik (IAT) aus Gelsenkirchen in Auftrag gegeben hatte und Ende April im Rahmen einer Veranstaltung vorstellte.

Gesundheitswirtschaft von hoher Bedeutung

Professor Dr. Josef Hilbert vom IAT stellte die Studie vor. „Die Gesundheitswirtschaft hat eine hohe gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und beschäftigungsmäßige Relevanz Bremen“, sagte Hilbert. Von den 49.208 in der Gesundheitswirtschaft sozialversicherten Beschäftigten arbeiten 42.517 in der stationären und ambulanten Gesundheitsversorgung, in Apotheken, Arztpraxen, in Vorsorge- oder Reha-Einrichtungen. In den Randbereichen wie Sport- und Gesundheitsdienstleistungen, Wellness oder Betreutem Wohnen arbeiten 5.186 Beschäftigte, in der Vorleistungs- und Zulieferindustrie 1.505 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu kommen 8.620 geringfügig Beschäftigte und 3.237 Selbstständige.

Insgesamt wächst die Gesundheitswirtschaft zwar auch in Bremen deutlich stärker als andere Branchen, das Wachstum ist im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger dynamisch. In den vergangenen zehn Jahren legte die Beschäftigung um 17,5 Prozent zu, erreichte aber nicht den Bundeswert von 26,4 Prozent.

Kümmerer-Instanz könnte Potenziale stärken

Josef Hilbert wünschte sich in der Branche insgesamt mehr Kooperationen für mehr Innovation. In Bremen gebe es eine Forschungslandschaft mit Instituten wie Fraunhofer MEVIS oder dem Deutschen Forschungszentrum für künstliche Intelligenz. „Bremer ist im High-Tech-Bereich sehr stark aufgestellt, und 50 Prozent aller Projekte aus diesem Bereich setzen sich mit der Gesundheit auseinander.“ Die Wirtschaft nutze deren Erkenntnisse in Sachen Digitalisierung und Robotik jedoch zu wenig.

Zur Abhilfe empfahl er dem Land Bremen eine „Kümmerer-Instanz“ – eine Schnittstelle zwischen Unternehmen, Forschung, und Politik, idealerweise angesiedelt beim Wirtschafts-senator. Diese Instanz kann gemeinsam mit den Akteuren und Unternehmen der Gesundheitswirtschaft die Branche stärker fördern und dafür sorgen, dass konkrete Ideen aus der Bremer Forschung schneller in die Praxis übertragen werden können.

So könne man sich dem Fachkräftemangel entgegenstellen, unter dem Bremen stark leide: Eine Fachkräftestelle in der Gesundheits- und Krankenpflege bleibt hier im Schnitt 159 Tage unbesetzt – und damit 27 Tage länger als das im Bund der Fall ist. In der Pflege liegt die sogenannte Vakanzzeit sogar bei 227 Tagen. Weil Fachkräfte fehlten, sind in Bremen überproportional viele Helfer mit geringerer Ausbildung im Einsatz.

Ausbildung stärken

In der anschließenden Diskussion stimmte der Bremer Wirtschafts-senator Martin Günthner Hilbert darin zu, dass das Gesundheitswesen mehr Fachkräfte, gute Arbeitsplätze und bessere Bedingungen benötige. „Das ist die große Herausforderung, vor der wir auch in Bremen stehen“, sagte Günthner. „Dafür ist ressortübergreifendes Arbeiten zwingend notwendig.“ Dennoch gehöre das Thema eher ins Gesundheitsressort, so Günthner.

Auch Gerd-Rüdiger Kück, Staatsrat bei der Senatorin für Gesundheit, sah ressortübergreifendes Arbeiten als zwingend erforderlich an. „Wir bringen schon jetzt regelmäßig alle Kümmerer mit unterschiedlichen Kompetenzen an einen Tisch“, sagte Kück. „Wir sollten unsere vorhandenen Kräfte und Instrumente nutzen und stärken – eine neue Instanz brauchen wir dazu nicht.“ Viel wichtiger sei, die Ausbildung zu stärken und die frischen Fachkräfte durch gute Bedingungen besser und länger im Job zu halten.

Einig waren sich am Ende alle darin, dass die Studie einen umfassenden Überblick über die Gesundheitswirtschaft in Bremen gibt und erhebliche Potenziale aufzeigt. Ob man zum Wecken der Potenziale auf innovative Konzepte oder eher auf vorhandene Strukturen setzt, blieb angesichts der zurückhaltenden Aussagen der politischen Vertreter offen.



Weitere Informationen:

 arbeitnehmerkammer.de

Veranstaltungsinformationen

Akademie für Fortbildung

EMDR bei Menschen aus anderen Kulturen – Möglichkeiten und Grenzen

Kooperationsveranstaltung mit dem EMDR-Institut
Referentin: Dr. Visal Tumani, Ulm
Termin: 2. Juni 2018, 9.00 – 17.30 Uhr
Kosten: 250,- Euro /
Anmeldung: EMDR-Institut, Tel. 02204-25866.
✉ info@emdr.de, 🌐 www.emdr-institut.de

Das neue Datenschutzrecht: Umsetzungskonzept in 6 Schritten

Dieser Aufbau-Workshop richtet sich an Mitarbeitende, die bislang das Thema Datenschutz verantwortet haben.
Referentinnen: PD Dr. Heike Delbanco, Doris Stehle
Termin: 2. Juni 2018, 10.00-13.00 Uhr
Kosten: 190,- Euro (5 PKT)

Fit für den Facharzt Chirurgie

Thema: Wie funktioniert bariatrische Chirurgie?
Referent: Prof. Dr. Stefan Freys
Termin: 6. Juni 2018, 18.00 – 19.30 Uhr
Die Veranstaltung ist kostenfrei. (2 PKT)

Fit für den Facharzt Allgemeinmedizin

Thema: Endokrinologische Erkrankungen in der Hausarztpraxis
Referenten: Dr. Thomas Liebsch, Dr. Iris van de Loo
Termin: 20. Juni 2018, 15.30 – 17.00 Uhr
Ort: Kassenärztliche Vereinigung Bremen
Die Veranstaltung ist kostenfrei. (2 PKT)

Vertiefung und Refresher Psychodynamisch-imaginative Traumatherapie (PITT)

Kooperationsveranstaltung mit dem Bremer Institut für Psychotraumatologie
Kursleitung: Prof. Dr. Luise Reddemann
Termin: 30.-31. August 2018, jeweils 10.00 – 18.00 Uhr
Kosten: 340,- Euro (16 PKT)

Achtsamkeit und Mitgefühl

Fortbildung für Menschen in heilenden und helfenden Berufen. Kooperationsveranstaltung mit dem Bremer Institut für Psychotraumatologie
Referentin: Prof. Dr. Luise Reddemann
Termin: 1. September 2018, 10.00 – 18.00 Uhr
Kosten: 150,- Euro (8 PKT)

Vorankündigung: 24. Bremer Zytologietag

Kooperationsveranstaltung mit der KV Bremen
Kursleitung: Prof. Dr. Michael Heine, Bremerhaven
Termin: 6. Oktober 2018, ca. 9.30 Uhr – 16.00 Uhr

Aktualisierungskurs im Strahlenschutz zum Erhalt der Fachkunde

Kursleitung: Wolfgang Dietrich, Bremerhaven
Termin: 15. September 2018
8-Std.-Kurs: 8.30 – 16.00 Uhr, Kosten: 100,- Euro (8 PKT)
12-Std.-Kurs: 8.30 – 19.00 Uhr, Kosten: 135,- Euro (12 PKT)
Ort: Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide

Curriculum Psychotraumatologie

40 Stunden gemäß Curriculum der Bundesärztekammer
Kursleitung: Dr. Thomas Haag, Herdecke
Termine: 19.-21. Oktober und 23.-25. November 2018
Jeweils Freitag 14.00 – 19.30 Uhr,
Samstag 9.00 – 18.00 Uhr,
Sonntag 9.30 – 14.00 Uhr
Kosten: 740,- Euro (40 PKT)

Curriculum Psychosomatische Grundversorgung

50 Stunden gemäß Curriculum der Bundesärztekammer
Kursleitung: Dr. Dr. Peter Bagus, Bremen
Termine: 26./27. Oktober, 16./17. November;
14./15. Dezember 2018; 11./12. Januar 2019,
15./16. Februar 2019, 22./23. März 2019
jeweils Freitag 17.00 – 19.30 Uhr,
Samstag 10.00 – 16.45 Uhr
Kosten: 850,- Euro (60 PKT)

Weibliche Genitalverstümmelung

Weibliche Genitalverstümmelung bezeichnet die teilweise oder vollständige Entfernung oder Beschädigung der äußeren weiblichen Geschlechtsorgane. Durch Migration begegnen uns vermehrt betroffene Frauen mit den unterschiedlichen Problemen und Auswirkungen. Die Veranstaltung bietet einen medizinischen Überblick über weibliche Genitalverstümmelung, Auswirkungen und Therapiemöglichkeiten. Weiterhin werden die Perspektive der jungen Mädchen beleuchtet und die rechtlichen Aspekte thematisiert.

Referenten: Dr. Kerstin Porrhath, Mathias von Rotenhan, Claus Pfisterer
Termin: 7. November 2018, 17.00 – 19.30 Uhr,
Die Veranstaltung ist kostenfrei. (3 PKT)

Kompass Kommunikationstraining

Kooperationsveranstaltung mit der Bremer Krebsgesellschaft
Referenten: Dr. Bernd Sonntag, Dr. Frank Vitinius
Termin: 29. November – 1. Dezember 2018,
Vertiefungstag: 9. März 2019
Kosten: Mitglieder Ärztekammer Bremen 300,- Euro, sonst 450,- Euro (23 PKT plus 8 PKT Vertiefungstag)



Die Veranstaltungen finden, sofern nicht anders angegeben, im Veranstaltungszentrum der Ärztekammer Bremen in der Kurfürstenallee 130 statt. Bei allen Veranstaltungen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung notwendig. Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen erhalten Sie bei der Akademie für Fortbildung, Tel.: 0421/3404-261/262; E-Mail: fb@aeckhb.de (Friederike Backhaus, Yvonne Länger).

Kleinanzeigen

Hausarzt-Praxis mitten im Viertel/Bremen

in gute Hände abzugeben. Alteingeführt, wirtschaftlich gesund mit kompetentem Team, ist ab Ende 2018 zur Übernahme bereit.

Kollegiale Einarbeitungszeit ist selbstverständlich.

Die Praxis ist auch als Doppelpraxis geeignet.

Kontakt: 0176/40 21 03 18

Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie in Bremen-Stadt mit konservativer und operativer Tätigkeit und KV-Zulassung sucht neue Kooperationsform.

CHIFFRE 1804251531

Etablierte gynäkologische Praxis

in bester Lage, gut organisiert, mit versiertem Team, umsatzstark, mit vielseitiger Ausrichtung sucht Nachfolger/-in. Kooperation für die Übergangsphase möglich.

Kontakt: gyn.bremen@mail.de

Ärzte mit MS treffen sich zum Info-Austausch in HH. Interesse?

Kontakt: M.doc.S@gmx.de

Hausarztpraxis gesucht

Internist sucht hausärztliche Einzelpraxis im Gebiet Horn, Schwachhausen oder Neustadt für Ende 2018 bis Anfang 2019 zur Übernahme oder übergangsweise als BAG mit Perspektive auf Übernahme in den nächsten 1-5 Jahren.

CHIFFRE 1805071728

Hausärztliche Gemeinschaftspraxis

in Bremen-Nord sucht ab sofort Kollegen/-in zur Mitarbeit für 2 Tage/11 Stunden die Woche und zur Verstärkung in Urlaubszeiten. Erfahrungen in der Allgemeinmedizin sowie Kenntnisse in Sonographie, DMPs, CAV, Psychosomatik und Gesundheitsuntersuchungen erwünscht. Gerne auch Kollegen nach Beendigung ihrer Kassenarztstätigkeit.

CHIFFRE 1805081312

Kinder- und Jugendarztpraxis in Gröpelingen

sucht Mitarbeit, Weiterbildungsassistenz oder auch Kooperation (1/2 Sitz bzw. Angestelltenverhältnis). Wir sind ein eingespieltes und zuverlässiges Team mit Spaß an der Praxisarbeit und buntem Klientel.

Kontakt: info@praxis-bowinkelmann.de

Derzeit suchen wir, die BG BAU, für unser Arbeitsmedizinisches Zentrum in Bremen eine/-n Zentrumsleiter/-in, -Ärztin/Arzt in Vollzeit. Wir bieten Ihnen eine interessante und vielseitige Tätigkeit und vereinbaren die Interessen zwischen Beruf und Familie. Nutzen Sie diese Chance auf berufliche Veränderung. Mehr über uns auf www.bgbau.de.

**Kontakt: Frau Dr. Wahl-Wachendorf,
Tel. 030/85 78 15 68**

Lust auf Praxis?

Gynäk. Gemeinschaftspraxis sucht Kollegen/-in für Teilzeitarbeit (1 ganzer oder 2 halbe Tage). Spätere Assoziation möglich. Wir wünschen uns eine/-n Kollegen/-in mit Interesse an psychosomatischen Zusammenhängen.

CHIFFRE 1803010957

Allgemeinmedizinerin sucht Teilzeittätigkeit in hausärztlicher Praxis in Bremen-Stadt. Evtl. spätere Assoziation möglich.

Kontakt: allgemeinaerztin-bremen@online.de

Hinweis für Chiffre-Anzeigen

Bitte senden Sie Ihre Antworten unter Angabe der Chiffre-Nummer bis zum 30.6.2018 an die Ärztekammer Bremen, gerne per E-Mail an online@aekeb.de. Wir senden diese zum Monatsende weiter. Nachrichten, die danach eingehen, werden nicht mehr weitergeleitet.

Kleinanzeigen – für Kammermitglieder kostenlos

Anzeigenschluss für die nächste Ausgabe ist der 8.6.2018. Schicken Sie Ihre Kleinanzeige an anzeigen@aekeb.de. Die Anzeige darf maximal sechs Zeilen à 65 Zeichen haben. Der Platz wird nach der Reihenfolge des Eingangs vergeben. Eine Veröffentlichung behalten wir uns vor.

ÄRZTEKAMMER
BREMEN



IMPRESSUM

Kontext

Offizielles Mitteilungsorgan der Ärztekammer Bremen.

Herausgeber

Ärztekammer Bremen
Schwachhauser Heerstraße 30
28209 Bremen, www.aekhb.de
E-Mail: redaktion@aekeb.de

Redaktion:

Bettina Cibulski

Für den Inhalt verantwortlich:

PD Dr. jur. Heike Delbanco

Für die Anzeigen verantwortlich:

Bettina Cibulski

Layout und Design:

André Heuer

Druckerei:

Girzig + Gottschalk GmbH

Bildnachweis:

© adiruch na Chiangmai - Fotolia.com
© Christian Griebel, helliwood.com
© rocketclips - Fotolia.com
© kwarner - Fotolia.com
© Martin Bockhacker, LightUp Studios